



Name/Durchwahl:  
Dr. STARLINGER/5079

Geschäftszahl:  
601.700/3-V/13/03  
Wien, am 31. März 2003

Betreff: Budgetbegleitgesetz 2003; Einspeisungen;  
Novelle zum Bundesimmobiliengesetz  
Novelle zum Marchfeldschlösser-Gesetz

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit übermittelt in der Beilage den Entwurf einer Novelle zum Bundesimmobilien-Gesetz und den Entwurf einer Novelle zum Marchfeldschlösser-Gesetz, die beide als selbständige Artikel dem Budgetbegleitgesetz 2003 eingespeist werden sollen. Um allfällige Stellungnahme zu den Entwürfen bis **25. April 2003 (beim ho. Ministerium einlangend)** wird ersucht. Da zur Einspeisung ins Budgetbegleitgesetz nur Entwürfe berücksichtigt werden können, die bereits in ihrer endgültigen Fassung - spätestens am 26. April 2003, 17.00 Uhr - im Bundeskanzleramt eingelangt sind, das den Gesamtentwurf erstellt, wird ersucht eine allfällige Stellungnahme so bald als möglich (nicht am letzten Tag der Frist) einzubringen.

Stellungnahmen können wahlweise an folgende Stellen ergehen:  
Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit, Sektion V, Abteilung 13  
Faxnummer: 7142720  
oder  
e-mailadresse: [verena.starlinger@bmwa.gv.at](mailto:verena.starlinger@bmwa.gv.at)  
[kurt.schimak@bmwa.gv.at](mailto:kurt.schimak@bmwa.gv.at)  
(Bitte an beide e-mail-Adressen senden, wegen Urlaubsvertretungen)

Beilagen erwähnt

Mit freundlichen Grüßen  
Für den Bundesminister:  
Mag. Elisabeth UDOLF-STROBL

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:



## Artikel ...

### **Bundesgesetz mit dem das Bundesimmobiliengesetz (Artikel 1) geändert wird.**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Bundesimmobiliengesetz, BGBl. I Nr. 141/2000 (Artikel 1) wird wie folgt geändert:

*1. Das Inhaltsverzeichnis wird wie folgt ergänzt  
„§ 48 Inkrafttreten“*

*2. In § 4 Abs. 3 Z 3 wird die Wortfolge „innerhalb von längstens 5 Jahren“ durch „bis spätestens 31. Dezember 2007“ ersetzt.*

*3. § 4 Abs. 4, 3., 4. und 5. Satz werden durch die folgenden Sätze ersetzt:*

„Wohnungen, Kleingärten und Gartensiedlungen sind vorrangig an die Mieter bzw. Pächter und/oder Subpächter zum Verkehrswert zu veräußern. Veräußerungen an Wohnungsmieter bzw. Garten(sub)pächter sind jeweils auf Grundlage von Sachverständigengutachten und bei Kaufpreisnachlässen unter Vereinbarung von Verfügungsbeschränkungen zur Verhinderung eines spekulativen Weiterverkaufes durchzuführen. Außer diesen Fällen haben Veräußerungen oberhalb einer Bagatellgrenze von Euro 10.000,-- im Rahmen eines Ausbietungsverfahrens zu erfolgen, es sei denn

1. die Veräußerung erfolgt aufgrund einer behördlichen oder gerichtlichen Verfügung oder im öffentlichen Interesse an eine Gebietskörperschaft oder an eine von dieser beherrschte Rechtsperson und ein Sachverständigengutachten bestätigt die Angemessenheit der Gegenleistung (Kaufpreis, Tauschwert); oder
2. das zu veräußernde Objekt wird in eine Projektgesellschaft an der die Bundesimmobiliengesellschaft mbH wertentsprechend beteiligt ist eingebbracht und eine Bewertung durch ein Sachverständigengutachten sowie die Genehmigung von Aufsichtsrat und Generalversammlung liegen vor“

*4. § 16 lautet:*

“(1) Der Eigentumsübergang und die Löschung der bestehenden Fruchtgenussrechte gemäß § 13 sind entweder auf Antrag des Bundes oder auf Antrag der Bundesimmobiliengesellschaft mbH gründbücherlich zu vollziehen. Die Superädikate sind durch Urkundenhinterlegung auf die Bundesimmobiliengesellschaft mbH zu übertragen. Grundlage der Verbücherung bzw. Urkundenhinterlegung sind vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auszustellende Amtsbestätigungen über die übertragenen Eigentumsrechte bzw. über die zu löschenen Fruchtgenussrechte. Diese Amtsbestätigungen sind öffentliche Urkunden im Sinne des § 33 des Allgemeinen Grundbuchgesetzes 1955, BGBl. Nr. 39/1955 in der jeweils geltenden Fassung, aufgrund welcher die Einverleibung ob der darin bezeichneten Objekte ohne Vorlage weiterer Urkunden stattfinden kann. Insbesondere ist § 160 Abs. 1 der Bundesabgabenordnung, BGBl. Nr. 194/1961 in der jeweils geltenden Fassung nicht anzuwenden.

“(2) Als Eigentümeradresse im Sinne des § 12 Grundbuchumstellungsgesetz, BGBl. Nr. 550/1980 in der Fassung BGBl. I Nr. 98/2001, kann die Adresse der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH ersichtlich gemacht werden, soferne diese die betreffende Liegenschaft verwaltet.

“(3) Soferne bundes- oder landesgesetzliche Vorschriften eine Anzeigeverpflichtung des neuen Eigentümers einer Liegenschaft vorsehen, hat diese Anzeige durch die

Bundesimmobiliengesellschaft mbH bis spätestens einen Monat nach grundbürgerlicher Eintragung des Eigentümerwechsels zu erfolgen. Als Anzeige gilt auch die Übermittlung einer Ausfertigung des diesbezüglichen Grundbuchsbeschlusses durch das Grundbuchsgericht.

(4) Soferne sich durch das rückwirkende Inkrafttreten der berichtigten Anlagen zu diesem Bundesgesetz in der Fassung BGBI. I Nr. ... die Notwendigkeit ergibt, das bücherliche Eigentum von der Bundesimmobiliengesellschaft mbH an den Bund rückzuübertragen, ist die Gesellschaft verpflichtet, hierfür eine grundbuchsfähige Aufsandungserklärung abzugeben. Die Abgabenbefreiung gemäß § 45 dieses Bundesgesetzes gilt auch für derartige Rückübertragungen.“

5. §17 wird „§ 17 (1)“; diesem wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Bestehende Optionen des Bundes auf entgeltlichen oder unentgeltlichen Erwerb von Liegenschaften oder Liegenschaftsteilen, auf denen sich ein Gebäude(teil) befindet, der eine bauliche Einheit mit einem bereits in das Eigentum der Bundesimmobiliengesellschaft mbH übergegangenen Gebäude bildet, kann der Bund auf Verlangen der Gesellschaft dieser unentgeltlich abtreten.“

6. § 19 Abs. 1 wird der folgende Satz angefügt:

„Insoweit jedoch der Mietvertrag die am 31. Dezember 2000 gegebenen tatsächlichen Nutzungsverhältnisse unrichtig bzw. unvollständig erfasst, ist der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diesen für die betroffenen haushaltsleitenden Organe als Mieter durch einen mit der Bundesimmobiliengesellschaft mbH abzuschließenden Vertragszusatz mit verrechnungsmäßiger Wirkung per 1. Jänner 2003 zu berichtigen bzw. zu ergänzen.“

7. In § 22 letzter Satz wird die Wortfolge „soweit nicht an ihnen ein Fruchtgenussrecht ausgegliederter Einrichtungen besteht“ durch „soweit nicht Sonderregelungen getroffen wurden bzw. werden“ ersetzt.

8. In § 23 Abs. 1 Z 2 wird die Wortfolge „binnen zwei Monaten“ durch „je nach Größe des Vorhabens binnen angemessener Frist zwischen zwei und sechs Monaten“ ersetzt.

9. In § 40 ist nach dem 2. Satz folgender Satz einzufügen:

„Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat erforderlichenfalls für Gerichts- oder Verwaltungsverfahren Amtsbestätigungen über den erfolgten Rechtsübergang auszustellen.“

10. § 46 wird „§ 46 (1)“; diesem wird folgender Abs. 2 angefügt:

„(2) Mit 1. Jänner 2005 treten die vom seinerzeitigen Bundesministerium für Handel und Verkehr erlassenen „Grundzüge der Bundesgebäudeverwaltung“, Zl. 121.185/R-1932 und die „Dienstvorschrift für Gebäudeverwalter“, Zl. 121.185/R-1932, soweit diese noch im Range eines Bundesgesetzes in Geltung stehen, außer Kraft.“

11. Folgender § 48 samt Überschrift wird neu aufgenommen:

### „Inkrafttreten“

§ 48. (1) Artikel 1 tritt gem. Art. 49 B-VG in Kraft, insoweit Abs. 2 nicht Abweichendes regelt.

(2) In der Fassung BGBI. I Nr. .... treten die §§ 4 (4), 16, 17, 19 (1) und 22 sowie die Anlagen zu Art. 1 mit 1. Jänner 2003 in Kraft.“

12. Die Anlage A. zu Art. 1 wird wie folgt geändert:

a) Aus der Anlage A.1.1. entfallen die folgenden Objekte:

B	32003	Bruckneudorf	47	617.050	1
K	76222	Trögern	6	620.294	S

N	05012	Mannersdorf am Leithagebirge	2323	637.401	1
N	05019	Sommerein	57	637.401	1
N	05019	Sommerein	297	637.265	
N	05019	Sommerein	1149	637.407	1
N	05104	Hainburg an der Donau	365	637.476	1
N	05224	Zwölfaxing	327	638.801	1
N	16105	Brunn am Gebirge	2452	637.241	1
N	16121	Perchtoldsdorf	3058	637.241	1
N	19580	Spratzern	1211	637.971	1
N	21135	Illmau	314	630.328	
N	23443	Wiener Neustadt	20597	638.511	BS
N	24002	Allentsteig	912	637.001	1
O	42003	Ebensee	879	640.423	
O	45204	Lustenau	570	647.025	1-SF
S	57106	Farmach	134	657.127	1
S	57106	Farmach	143	657.127	1
ST	63206	Bierbaum	108	667.155	
ST	63206	Bierbaum	148	667.155	
ST	63206	Bierbaum	178	667.155	
ST	63206	Bierbaum	187	667.155	
ST	63240	Kalsdorf	775	667.155	
ST	63248	Lebern	872	667.125	
ST	63248	Lebern	875	667.125	
ST	63248	Lebern	876	667.125	
ST	63248	Lebern	883	667.125	
ST	63262	Oberpremstätten	207	667.151	1
ST	63286	Thalerhof	151	667.151	1
ST	63286	Thalerhof	170	667.155	
ST	63286	Thalerhof	189	667.155	
ST	63286	Thalerhof	198	667.155	
ST	63286	Thalerhof	200	667.155	
ST	63286	Thalerhof	221	667.155	
ST	63286	Thalerhof	276	667.155	
ST	63286	Thalerhof	312	667.155	mit Ausnahme Grst .Nr. 235/6
ST	63286	Thalerhof	347	667.155	
ST	63286	Thalerhof	358	667.151	1
ST	63286	Thalerhof	400	667.155	
ST	65001	Aichdorf	150	667.810	AB
ST	66181	Sulztal	1	660.375	S
ST	66190	Wielitsch	33	660.371	S
ST	66190	Wielitsch	51	660.372	S
ST	66340	Klöchberg	93	660.424	S
T	81019	Wattenberg	66	677.801	1
T	81019	Wattenberg	79	677.801	1
T	81019	Wattenberg	93	677.801	
T	81019	Wattenberg	236	677.801	
T	81019	Wattenberg	237	677.801	1
T	81123	Neustift	381	670.432	S
T	84001	Fließ	94	670.413	S
T	84005	Ischgl	169	670.150	S

T	84005	Ischgl	384	670.430	S
T	87001	Achental	65	670.408	S
V	92112	Koblach	205	680.162	
V	92005	Lustenau	2282	687.500	
W	01006	Landstraße	932	697.260	S
W	01660	Kagran	2754	690.647	

b) In die Anlage A.1.1. sind die folgenden Objekte neu aufzunehmen:

B	32003	Bruckneudorf	1032	617.050	
B	32012	Kittsee	2423	610.313	2
K	73419	Spittal an der Drau	294	620.405	
K	75402	Arnoldstein	249	620.290	
K	76222	Trögern	20	620.294	S
N	11142	Stockerau	4599	638.236	1
N	16105	Brunn am Gebirge	1009	637.241	1
N	19580	Spratzern	1715	637.971	
N	20147	Langenlebarn-Oberaigen	728	637.701	1
N	20147	Langenlebarn-Oberaigen	380	637.701	1
O	40020	Ueberackern	284	640.211	S
O	42007	Hallstatt	573	647.103	
O	45204	Lustenau	1911	647.023	SF
O	45204	Lustenau	1909	647.024	
O	45204	Lustenau	1910	647.025	
O	45307	Neubau	427	647.083	1
O	45311	Traun	5251	640.834	
O	46024	Obernberg am Inn	408	640.396	S
O	48233	Sankt Florian am Inn	327	640.106	S
O	49233	Steyr	2681	647.135	BS
S	56502	Anif	309	657.119	nur GSt.820, 837/3
S	56537	Salzburg	182	650.026	
S	58017	Oberweißburg	541	657.120	neuzubildendes GSt. 1030/3
ST	65001	Aichdorf	400	667.810	
ST	66181	Sulztal	15	660.375	S
ST	66190	Wielitsch	51	660.371	S
ST	66190	Wielitsch	33	660.372	S
ST	66329	Pölten	17	660.423	S
ST	66330	Pridahof	4	660.370	S
T	81111	Hötting	4038	677.060	
T	81127	Scharnitz	280	677.360	
T	83011	Niederndorf	90	670.442	
T	83012	Niederndorferberg	90034	670.405	S
T	83018	Thiersee	130	670.416	S
T	84005	Ischgl	164	670.419	S
T	84108	Nauders I	889	670.439	
T	84114	Spiss	315	670.413	S
T	86031	Reutte	256	670.429	S
T	87009	Straß	90001	670.067	S
T	87113	Mayrhofen	77	670.409	S
V	90102	Gaschurn	335	680239	S
V	90102	Gaschurn	335	680.240	S
V	90107	Sankt Gallenkirch	773	680.241	S

V	91021	WARTH	70	680.061	
W	01006	Landstraße	3404	697.260	S
W	01204	Hadersdorf	3073	690.272	S
W	01103	Kaiserebersdorf	862	690.167	S
W	01103	Kaiserebersdorf	1677	690.167	S
W	01210	Penzing	586	690.977	9 - AB
W	01210	Penzing	1984	690.977	9 - AB
W	01306	Rudolfsheim	1601	690.977	9 - AB

c) Folgende Objekte der Anlage A.1.1. erhalten nachstehende Anmerkungen:

B	32013	Kaisersteinbruch	76	617.320	„1“
B	34058	Pinkafeld	2193	610.030	„BS“
B	34058	Pinkafeld	2923	610.030	„BS“
B	34058	Pinkafeld	3261	610.030	„BS“
K	72127	Klagenfurt	30001	620.161	WE 843/6715“
N	04017	Leesdorf	1526	630.074	„BS“
N	05019	Sommerein	405	637.401	„BS“
N	10027	Horn	570	637.521	„1“
N	11006	Korneuburg	320	637.671	„ME 507/600“
N	13035	Pottenhofen	751	630.500	„ME 173“
N	15028	Mistelbach	1658	637.806	„1“
N	16119	Mödling	4149	630.013	„BS“
N	19580	Spratzern	731	637.997	„1“
N	22142	Weinzierl	64	630.077	„SF“
S	55124	Sankt Johann im Pongau	367	657.139	„1“
S	56513	Gnigl	262	650.141	„BS“
S	56513	Gnigl	640	650.141	„BS“
S	56532	Morzg	1519	650.088	„BS“
S	57027	Uttendorf	656	650.052	„WE 12/72“
ST	60004	Bruck an der Mur	1343	660.099	„ME 2/12“
ST	63303	Bärnbach	305	660.198	„WE 154/1871 WE 112/3742“
T	81001	Absam	45	677.086	„1“
V	91003	Bezau	34	680.055	„WE 1702/2910“
W	01006	Landstraße	1196	690.781	„WE 71/1925“ (Anm. „WE 73/1925“ ist zu löschen)
W	01006	Landstraße	1246	690.961	„4“
W	01011	Wieden	663	690.612	„BS“
W	01103	Kaiserebersdorf	2594	698.155	„BS“
W	01103	Kaiserebersdorf	2595	698.156	„BS“

d) Am Ende der Anlage A 1.1 ist folgende Anmerkungserklärung neu aufzunehmen:

<sup>9</sup> „soweit vom Fruchtgenussrecht der BIG erfasst“

e) Aus der Anlage A.1.2. entfallen die folgenden Objekte:

	Terndorfer Stollen nördl. Friedhof Annabichl						
				72142		20	463/1
				72142		298	476
K0059	Radenthein, Parz 282/1	9545	Radenthei n	Klammweg 8	73211	Radenthein	426 282/1
				73211		195	283/2
NÖ038	St. Valentin/ Grafenbach	2632	St. Valentin/ Grafenb.	Karl Albrecht Str. 144	23111	Grafenbach	361 382
NÖ047	Neunkirchen, Anlage A (Innere Stadt), Hauptplatz	2620	Neunkirch en	bei Postgasse	23321	Neun kirchen	5 745/2
				bei Holzplatz	23321		5 775/1,
					23321		5 777/1, 791/1
					23321		398 1/1
					23321		4 1/2, .10
					23321		2 2/1, .7/1
					23321		8 7/2
					23321		2993 .3/1, .6
					23321		2804 .3/2
					23321		80 .102
NÖ051	Gloggnitz, Anlage A, Firma Singer	2640	Gloggnitz	Johannesfelsengas se	23109	Gloggnitz	957 713/20
NÖ092	Ternitz/St. Johann, Gfiederstraße	2630	Ternitz	Gfiederstraße	23335	St. Johann/ Steinf.	1319 1184
					23335		27 1175, 1176/1, 1179/2
					23335		978 1179/1, 1180/1, 1182, 1183/1, 1177/2
					23335		1419 1183/2
NÖ095	Böhlerwerk/Ybbsta l, bei Wohnhaus Nr. 2	3332	Sonntagbe rg	Wohnhaus	03302	Böhlerwerk	30 124/2
					03302		229 124/4
					03302		240 157
					03320	Rien	15 45/1
NÖ096	Waidhofen/Ybbs, Fuchsauersteinbru ch ("Böhlerwerk")	3340	Waidhofe n/Ybbs	Fuchsauersteinbr uch	03320	Rien	9 80/1
					03320		139 44/1
					03320		340 695
					03320		190 44/5
NÖ097	"Böhlerwerk", Altes Gerstlwerk	3332	Sonntagbe rg	Altes Gerstlwerk	03302	Böhlerwerk	244 1/11
NÖ098	"Böhlerwerk", Bergstollen, bei Wohnhaus Nr. 48	3332	Sonntagbe rg	Wohnhaus 48	03324	Sonntagberg	258 409/8
					03324		1011 2519/1
					03324		66 72/1, 387/1, 381/2, 382

					03324		1156	412/1
					03324		1056	.257, 2570/9
					03324		3513	2570/1
					03324		1136	2579
					03324		1145	411/2
					03324		1051	411/8
OÖ04	Maurhartkeller	4020	Linz	Bockgasse	45203	Linz	2841	2682/9
					45203		903	2682/7, 2682/12
OÖ05	Cembrankeller	4020	Linz	Kellergasse	45203	Linz	897	2670/4, 2669,
					45203		3334	2667/1, 2668
					45203		896	2667/2
					45203		903	2682/1
					45203		1909	2683/6
					45203		3468	2683/8
					45203		3307	2684/3
					45203		2448	2671
					45203		2521	2683/4, 3120/14
OÖ06	Limonikeller	4020	Linz	Rosseggerstraße	45203	Linz	2290	2695/14,
				Sandgasse, Hopfengasse	45203		2290	2692,
					45203		2290	2695/15
					45203		2291	2697/1, 2697/7
					45203		2521	3120/12, 3120/14, 3117/1, 3119/1, 3120/1
					45203		42	2696/4
					45203		45	2712/5, 2696/2
					45203		845	2519/3
					45203		847	2517/5
					45203		2614	2697/10, 2697/9, 2697/11
					45203		974	2690
					45203		857	2512/1
					45203		3162	2700/39
OÖ07	Kapuzinerkeller	4020	Linz	Kapuzinerstraße	45203	Linz	848	2433
					45203		849	2431/2
					45203		1068	2385/1
					45203		1175	2321
					45203		2521	2431/3
					45203		2894	2444/1, 2447
					45203		3062	2724/2
					45203		3300	2724/7
OÖ09	Spatzenberg (Rudolfsstollen)	4020	Linz	Rudolfsstraße	45212	Urfahr	33	106/2
				Rudolfsstraße	45213	Pöstlingberg	586	1289/5,
					45213		586	.500
				Urfahr Wände	45213		107	1284/1
					45213		104	1279,

								1280/1, 1282, 1283, 1289/1, 1343, 1280/3
				45213		105	1289/10	
				45213		106	1289/23, 1289/24	
				45213		276	1289/12, 1289/17, 1289/16, 1289/21, 1341/1	
				45213		344	1287/1	
				45213		496	1289/4, 1289/11	
				45213		1047	1289/3	
				45213		1197	1289/13, 1289/19	
				45213		1230	1289/20	
				45213		1285	1289/14	
				45212	Urfahr	1629	113/1	
OÖ13	Jungbauernstollen	4020	Linz	Maria hilfgasse	45203	Linz	1484	2730/17
					45203		1184	2718/1
					45203		2521	3138/1
					45203		2753	2730/22
					45203		2865	2730/41
OÖ14	Lasingerkeller	4020	Linz	Kapuzinerstraße	45203	Linz	844	2429/1
					45203		3437	2429/2
					45203		2350	2407/3
					45203		634	2395/1
					45203		843	2427
					45203		1069	2390/2
					45203		1072	2388
					45203		1071	2389/2
					45203		2467	2405/1
					45203		2351	2404
					45203		2521	2405/5, 2407/1
					45203		2619	2420/3
					45203		2737	2396/1
OÖ16	Aktienkeller	4020	Linz	Kapuzinerstraße	45203	Linz	885	2713/1, 2713/6
					45203		2764	2713/5
					45203		45	2712/3, 2712/5
					45203		46	2711/12
					45203		2521	3119/1, 2702/30, 3120/1, 3120/3
					45203		2662	2702/3
					45203		2994	2702/37
					45203		2957	2702/12
					45203		2955	2702/41
					45203		3015	2700/29
					45203		3211	2702/43

					45203		3332	2702/35
					45203		3447	2702/36
					45203		3444	2702/33
					45203		3066	2705/59
					45203		3459	2702/38
					45203		2972	2702/11
OÖ19	Ebensee – Stollen A	4802	Ebensee		42003	Ebensee	27	414/3, 414/1, 415, .1071, .1072, .1073
				Gmundner Zementwerke	42003		27	416/2,
					42003		23	428, 421/2, 1559
					42003		1812	616/52, 616/58
OÖ30	Steyr – Münichholz Nord	4400	Steyr	Albert Lortzing-Str. 27	49210	Hinterberg	224	331/16, .937
				Albert Lortzing-Str. 21	49210		227	331/19, .934
					49210		225	331/17, .936
					49210		226	331/18, .935
S08/2	Luftschutzstollen Schloß Neuhaus	5023	Salzburg-Gnigl		56513	Gingl	107	550/1, 555
S10/1	Hallein, Dürnberghang, Rosenmayrstollen	5400	Hallein		56209	Hallein	893	.33
					56209		331	2/1, 2/6
					56209		94	36/1, 36/2
					56209		545	37
					56209		96	38, .49,
					56209		97	39/1, 39/2, .50
					56209		515	264, 295/46, 295/47
					56209		329	309
					56209		16	44
ST066	Thörl, Josef Auer-Stollen	8621	Thörl	Hauptplatz	60066	Thörl	64	58
ST080	Krieglach/Sommer	8670	Krieglach		60231	Sommer	355	621
ST124	Köflach, Gradenberg	8580	Köflach	Zigöllerweg 19	63314	Gradenberg	64	80, 81
							347	79
ST089	Gratkorn	8101	Gratkorn		63243	Kirchenviertel	523	461/5
				Harterstraße 11	63243		522	.405
					63243		997	460/2
					63243		34	464
ST106	Übelbach	8124	Übelbach	Sperbergasse 80	63033	Übelbach Markt	76	1112
T034 u.	"Neuhauser-Stollen", Innsbruck Objekt F "TIWAG-Gelände"	6020	Innsbruck		81136	Wilten	960	1216/41

T107					81136		960	1216/41
					81136		813	1987
					81136		636	2009
T069	Jenbach, Wiesing	6200	Jenbach	Steinbruch Gubert	87014	Wiesing	53	189/1
V016	Hohenems, Gottfried- Kellerstraße	6845	Hohe nems	Gottfried- Kellerstr. 10	92004	Hohenems	215	470/3, 823/3, 7485
					92004		2719	825/1, 825/3
					92004		528	824
V018	Vandans, Rodund, Stollen 1 (westlich Feuerwehrhaus)	6773	Vandans	Brücke Kaltenbrunnen	90109	Vandans	50	541/1
V019	Vandans, Rodund, Stollen 2 (südl. Straßenbrücke Kaltenbrunnen)	6773	Vandans	Anton Amann- Straße	90109	Vandans	50	541/2
V020	Vandans, Motta- Werkswohnungen	6794	Partenen/ Vandans	Motta-Straße	90102	Gaschurn	319	398/1
V025	Götzis, Vogelherd	6840	Götzis	Am Voge herd 1	92110	Götzis	1584	549

f) In die Anlage A 1.2 ist folgendes Objekt neu aufzunehmen:

K0111	Stollen Warmbad		9504	Villach Warmba d	Napoleonwiese 2	75421	Judendorf	724	483/2
K0114	Völkendorf	Eingang verschüttet	9500	Villach	Heizhausstraße	75455	Völkendorf	963	642/14
								140	642/4
								118	651/1
								1104	520/4
								1951	649/1
								109	653/3, 650/2
								1543	642/1

13. Die Anlage B zu Art. 1 wird wie folgt geändert:

a) Aus der Anlage B entfallen folgende Objekte:

697.860	01002	843	1090 Wien	Schlickplatz 6	Rossauer Kaserne	4
650.026	56537	182	5010 Salzburg	Mozartplatz 1	Residenz Neugebäude	

b) In die Anlage B sind die folgenden Objekte neu aufzunehmen:

690.02	01004	1793	1010 Wien	Stubenring 1	Radezkydenkmal, 2 Brunnen	S
640.42	42003	879	4802 Ebensee		Gedenkstätte (Außenstelle ÖDM Mauthausen)	
640.82	43104	526	4222 St. Georgen/ Gusen		KZ Memorial Gusen	

14. Die Anlage C zu Artikel 1 wird wie folgt geändert:

a) Aus der Anlage C entfallen die folgenden Objekte:

640.744	2	50326	1257	4840	Vöcklabruck			U5	BMBWK (S)		112
640.744	1	50326	1257	4840	Vöcklabruck	Schloßstr.	31	U5	BMBWK (S)		1490
640.432	1	51117	708	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9	L1	BMLFUW		382
640.432	2	51126	1217	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9	L1	BMLFUW		165
640.432	3	51126	1217	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9	L9	BMLFUW		90
640.432	3	51126	12	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9	L3	BMLFUW DNW		91
640.295	10	48213	121	4783	Wernstein/Inn			F9	BMF		44
640.246	1	40008	333	4962	Mining	Frauenstein	9	F3	BMF DNW		117
640.246	15	40008	333	4962	Mining	Hagenauer Bucht, km 53,3	9	F9	BMF		38
640.106	10	48233	327	4975	Schärding	Badhöring		F9	BMF		44
640.396	1	46024	408	4982	Obernberg am Inn	Fluß km 35,6		F9	BMF		11
657.119	1	56502	309	5081	Neu-Anif		98	I7	BMI	BST V	931
657.119	2	56502	309	5081	Neu-Anif		98	I9	BMI	BST V	148
657.120	1	58017	541	5582	St. Michael im Lungau	Oberweißburg		I7	BMI		619
657.120	2	58017	541	5582	St. Michael im Lungau	Oberweißburg		I9	BMI		220
670.394	3	87009	90001	6261	Strass i. Z.	Rotholz		L2	DRITTE		1240
670.394	3	87009	90001	6261	Strass i. Z.	Rotholz		L3	BMLFUW DNW		102
670.394	3	87009	90001	6261	Strass i. Z.	Rotholz		L5	BMLFUW		589
670.409	1	87113	77	6290	Mayrhofen	In der Au im Zillergrund		F9	BMF		45
670.416	1	83018	130	6335	Thiersee	Wachtl		F7	BMF		15
670.439	1	84108	889	6543	Nauders	Mutzköpfe		F7	BMF		11
670.429	1	86031	256	6600	Reutte	Seewinkel-Breitenwang		F7	BMF		4
670.401	1	85202	8	9920	Sillian	Hochrast		F7	BMF		30
680.106	2	91111	2067	6973	Höchst	Hauptstr.		F7	BMF	BST V	105
690.167	1	1103	862	1110	Wien	Sängerg.	11	I1	BMI		286

b) In die Anlage C sind die folgenden Objekte neu aufzunehmen:

620.186	7	75001	642	9620	Hermagor	Egger Alm		F7	BMF	LFB	41
630.146	6	05102	600	2413	Berg/Wolfsthal	Grenzübergang		F7	BMF	BST V	86
640.008	7	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	U6	BMBWK (S)		5.598
640.008	7	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	Y	DRITTE		23
640.008	8	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	U6	BMBWK (S)		872
640.008	9	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	U6	BMBWK (S)		630
640.008	11	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	U3	BMBWK (S) DNW		84
640.008	11	50326	1790	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	U6	BMBWK (S)		2.878
640.164	18	41006	156	4262	Leopoldschla	Wullowitz		F9	BMF	BST	133

						g					V	
640.164	18	41006	156	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		I9	BMI	BST V	4	
640.164	7	41006	156	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		F9	BMF	BST V	30	
640.164	8	41006	156	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		I8	BMI	BST V	11	
660.424	1	66340	93	8493	Klöch	Klöchberg		F9	BMF		6	
670.432	1	81123	251	6167	Neustift/Stuba	Fernautal		F9	BMF	LFB	55	
670.408	1	87003	65	6215	Achenkirch	Bächental		F9	BMF	LFB	26	
670.430	1	84006	261	6555	Kappl	Visnitzjoch		F9	BMF	LFB	4	
690.612	1	01011	663	1040	Wien	Rainerg.	21	I1	BMI		180	
690.272	3	01204	3073	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	H1	BMöLS		550	
690.272	3	01204	3073	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	H9	BMöLS		25	
690.272	4	01204	3073	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	H2	BMöLS		231	
690.272	4	01204	3073	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	H9	BMöLS		31	

## Erläuterungen

### Allgemeiner Teil:

#### Hauptgesichtspunkte des Entwurfes:

Mit dem Bundesimmobiliengesetz erfolgte die bislang größte Immobilientransaktion der Zweiten Republik in Österreich. Durch die Vielzahl der betroffenen Liegenschaften und durch die zum damaligen Zeitpunkt stattfindenden Umwälzungen innerhalb dieser (Teilung von Flächen und Zuordnung an die Landesverteidigung, Nutzungsänderungen durch Regierungsumbildung) war von vornherein klar, dass es zu einer Korrektur der Anlagen kommen wird. Diesem Umstand trug das Bundesimmobiliengesetz durch die Verordnungsermächtigung (§ 18) Rechnung. Aus verfassungsrechtlichen Gründen musste die Ermächtigung jedoch so eng gehalten werden, dass nicht alle erforderlichen Korrekturen davon erfasst sind. Da somit ohnedies eine Novelle zu erlassen ist, wird von der Verordnungsermächtigung kein Gebrauch gemacht. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden sämtliche Korrekturen der Anlagen in der Novelle behandelt. Gleichzeitig wurde die Novelle zum Anlass genommen auch im textlichen Teil aus der Praxis gewonnene Erfahrungen einfließen zu lassen.

#### Finanzielle Auswirkungen:

Durch die erforderliche Zusatzvereinbarung zum Mietvertrag des Bundes mit der BIG kommt es in vielen Fällen nur zu Verschiebungen innerhalb der Bundesnutzer. Da einzelne Objekte vergessen (keinem Nutzer zugeordnet) worden waren, kommen auch neue Mieten hinzu. Durch die Herausnahme der Internationalen Schule sowie eines Objektes in Vöcklabruck werden die Mietzahlungsverpflichtungen des Bundes an die BIG insgesamt sogar geringer. Die genauen Details mit Zahlen, aufgeschlüsselt nach Ressorts sind der "Beilage 1" zu entnehmen.

### Besonderer Teil:

**Zu § 4 Abs. 4:**

Die Novelle berücksichtigt auch Garten(sub)pächter. Darüber hinaus erfolgt die Präzisierung, dass eine Ausbietung zu unterbleiben hat, wenn eine solche rechtlich oder faktisch unmöglich, bzw. überhaupt nicht sinnvoll wäre (Bagatellgrenze).

Auch die Einbringung von Objekten bzw. Objektteilen als Sacheinlage ist eine „Verwertung“, und löst somit die Nachbesserungspflicht gemäß §14 aus.

**Zu § 16:**

Die Einvernehmensherstellung hatte den Zweck, die Verbücherung falscher Daten zu verhindern. In Vorbereitung dieser Novelle wurden die Daten überarbeitet. Das Erfordernis der Einvernehmensherstellung ist somit nicht mehr gegeben. Darüber hinaus werden in der Praxis aufgetretene Unsicherheiten darüber hinfällig, ob auf den Amtsbestätigungen die Unterschrift des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit ausreicht. Durch die Neuaufnahme des Abs. 2 werden aus praktischen Gründen Anzeigepflichten der Bundesimmobiliengesellschaft mbH als neue Eigentümerin mit der Verbücherung verknüpft.

**Zu § 17:**

Die Aufnahme des Absatzes 2 war erforderlich, um insbesondere jene Fälle der „kooperativen Schulraumbeschaffung“ (mit Gebietskörperschaften) in den Griff bekommen zu können, bei denen die Eigentumsgrenze mitten durch ein Gebäude geht.

**Zu § 19:**

Die Ergänzung des Abs. 1 dient der Fehlerkorrektur. Die Wirkung per 1. Jänner 2003 betrifft insbesondere auch die geänderte Mietvorschreibung.

**Zu § 23:**

Ist das BMWA bei Neubauvorhaben bereits in der Phase der Erstellung der Raum- und Funktionsprogramme des betreffenden Ressorts eingebunden, kann eine Stellungnahme aus Sicht des Raummanagements unverzüglich erfolgen. War das BMWA bei Großvorhaben bis zur Vorlage zur Stellungnahme überhaupt nicht befasst, so reichen 2 Monate hiefür nicht aus. Die Änderung der Frist soll eine Prüfung von Vorhaben im Sinne eines strategischen Raummanagements des Bundes sicherstellen und zu einer frühzeitigen Einbindung des BMWA anregen.

**Zu § 40:**

Die aufgenommene Ergänzung dient der Rechtssicherheit.

**Zu § 46:**

Die nach wie vor gültigen Grundzüge der Bundesgebäudeverwaltung aus 1932 stehen in Gesetzesrang, da sie auch Sachverhalte regeln die sonst Gegenstand von Verwaltungsübereinkommen zwischen Ressorts sind. Sie sind auf eine Vielzahl von Dienststellen zugeschnitten und gehören daher für die Bedürfnisse nach der Neuorganisation der Bau- und Liegenschaftsverwaltung adaptiert. Da auch Verwaltungsübereinkommen zu schließen sein werden wird eine längere Frist für das Außerkrafttreten festgesetzt.

**Zu § 48:**

Durch die überraschenden Neuwahlen und die vorangegangene Auflösung des Nationalrates konnte das Gesetz nicht mehr wie beabsichtigt 2002 beschlossen werden. Als gesetzliche Grundlage für die erforderliche Mietvertragsänderung ist es daher erforderlich, die Bezug habenden Bestimmungen rückwirkend per 01.01.2003 in Kraft zu setzen.

## B M W A FINANZIELLE AUSWIRKUNGEN der NOVELLE zum BUNDESIMMOBILIENGESETZ, BGBI. I/141/2000

Abt. V/10

ressortbezogene Auswirkungen

30.11.2002

geordnet nach: Ressorts, Grundzahlen

Nachtrag	MV	NC	Ressort	Liegenschaft					Änderung der Flächen				Änderung der Kosten (Mio. €)				
				Adresse					m² BIG		m² Sonstige (Anl. C)		Betriebs- kosten p.a. lt. BIG	HMZ netto (Mio.€) p.a.	mieterpfl. Erhaltung p.a	vermieteter Erhaltung	
				GRZ	obj.	PLZ	Ort	Straße	Nr.	Anl. A 1.1	Anl. A 2	Dritte	be.				
			1							2	3	4	5	6	7	10	11
2	L	A9	BMaA	690.647	1	1220	Wien	Str. d. Menschenrechte	1	-14.290				-87.233,56	-958.527,07	-80.753,36	22. ME
	SUMME BMaA									-14.290				-87.233,56	-958.527,07	-80.753,36	XXII GP - Entwurf (gescanntes Original)
2	N	B9	BMWA	647.025	1	4020	Linz	Prinz Eugen-Str.	10	117				714,23	2.040,65	661,17	
2	N	B9	BMWA	647.025	2	4020	Linz	Prinz Eugen-Str.	10a	179				1.092,71	3.122,02	1.011,54	
2	ÄL	B1	BMWA	647.082	56	4063	Hörsching	Fliegerhorst Vogler		-2				-12,21	-34,88	-11,30	
	siehe Anmerkung			690.647	1	1220	Wien	Str. d. Menschenrechte	1							20.769,90	
	SUMME BMWA									294				1.794,73	5.127,80	22.431,30	
2	ÄL	F7	BMF	610.143	1	2421	Kittsee	Ried Klosteräcker		-1.683				-10.273,90	-36.911,40	-9.510,70	
2	ÄN	F7	BMF	610.313	1	2421	Kittsee	Ried Klosteräcker		972				5.933,59	21.317,85	5.492,81	
2	L	F7	BMF	620.186	7	9620	Hermagor	Egger Alm		-27			41	-164,82	-235,46	79,11	6
2	L	F7	BMF	630.146	6	2413	Berg/Wolfsthal	Grenzübergang		-86			86	-524,99	-1.499,97		1.4
2	L	F9	BMF	640.164	2	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		-152			133	-927,89	-2.651,10	-107,37	2.1
2	L	F9	BMF	640.164	7	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		-37			30	-225,87	-645,33	-39,56	4
2	N	F9	BMF	640.295	10	4783	Wernstein/Inn			44	-44			268,60	767,43		
2	N	F7	BMF	660.370	1	8493	Klöch	Goritz-Korovci		23				140,40	1.002,89	129,97	
2	N	F9	BMF	660.423	1	8493	Klöch	Pölten-Gerlinci		23				140,40	401,15	129,97	
2	L	F7	BMF	660.424	1	8493	Klöch	Klöchberg		-6	6			-36,63	-104,65		
2	F7	BMF	670.401	1	9920	Sillian	Hochrast				-30					-169,53	
2	N	F9	BMF	670.405	1	6342	Niederndorferberg	Schindlberg		5				30,52	43,60	28,26	
2	L	F7	BMF	670.408	1	6215	Achenkirch	Bächental		-9			26	-54,94	-15,70	96,07	4
2	N	F9	BMF	670.409	1	6290	Mayrhofen	In der Au		45	-45			274,70	392,43		
2	ÄL	F7	BMF	670.413	1	6542	Pfunds	Untermalfrag		-75				-457,84	-654,06	-423,83	
2	ÄN	F9	BMF	670.413	1	6542	Spiss	Untermalfrag		22				134,30	191,86	124,32	
2	N	F9	BMF	670.416	1	6335	Thiersee	Wachtl		9	-15			54,94	78,49	-33,91	
2	N	F9	BMF	670.429	1	6600	Reutte	Plansee-Seewinkel		10	-4			61,05	87,21	33,91	
2	L	F7	BMF	670.430	1	6555	Kappl	Visnitzjoch		-55			4	-335,75	-479,64	-288,20	0
2	L	F7	BMF	670.432	1	6167	Neustift/Stubaital	Fernautal		-65			55	-396,79	-566,85	-56,51	9
2	N	F9	BMF	670.439	1	6543	Nauders	Mutzköpfe		21	-11			128,19	183,14	56,51	
2	N	F9	BMF	680.239	101	6793	Gaschurn	Klostertal		47				286,91	819,75	265,60	I5 vor 26
2	N	F9	BMF	680.240	201	6793	Gaschurn	Vermunt		24				146,51	418,60	135,62	
2	N	F9	BMF	680.241	101	6791	St. Gallenkirch	Wintertal		36				219,76	627,89	203,44	

Nachtrag	Ressort	Liegenschaft						Änderung der Flächen				Änderung der Kosten (Mio. €)					
		Adresse						m² BIG		m² Sonstige (Anl. C)		Betriebs- kosten p.a. lt. BIG	HMZ netto (Mio.€) p.a.	mieterpfl. Erhaltung p.a	vermietete Erhaltung		
		GRZ	Obj.	PLZ	Ort	Straße	Nr.	Anl. A 1.1	Anl. A 2	Dritte	be.						
		1						2	3	4	5	6	7	10	11		
		SUMME BMF						-914		-143	375	-5.579,53	-17.431,89	-3.854,01	6.1		
2	N	H1	BMÖLS	690.272	2	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	938		5.726,04	81.800,54		5.300,68		
2	N	H9	BMÖLS	690.272	2	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45	185		1.129,34	3.226,67		1.045,44		
2		H1	BMÖLS	690.272	3	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45		550				3.108,07		
2		H9	BMÖLS	690.272	3	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45		25				141,28		
2		H2	BMÖLS	690.272	4	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45		231				1.305,39		
2		H9	BMÖLS	690.272	4	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45		31				175,18		
		SUMME BMöLS						1.123		837		6.855,37	85.027,22		11.076,04		
2	ÄN	I8	BMI	610.313	1	2421	Kittsee	Ried Klosteräcker		711		4.340,31	15.593,56		4.017,89		
2	L	I8	BMI	640.164	8	4262	Leopoldschlag	Wullowitz		-10		11	-61,05	-174,41		5,65	
		I9	BMI	640.164	18	4262	Leopoldschlag	Wullowitz				4			22,60		
2	L	I9	BMI	640.423	1	4802	Ebensee			-22			-134,30	-383,71		-124,32	
2	L	I9	BMI	640.423	2	4802	Ebensee			-38			-231,97	-662,78		-214,74	
2	ÄL	I7	BMI	647.024	3	4020	Linz	Liebigstr.	30	-3.919			-23.923,61	-340.003,34		-22.146,42	
2	ÄN	I7	BMI	647.024	3	4020	Linz	Liebigstr.	30	3.227			19.699,28	279.967,15		18.235,90	
2	N	I9	BMI	647.024	4	4020	Linz	Liebigstr.	30	857			5.231,57	14.947,35		4.842,94	
2	N	I7	BMI	657.119	1	5081	Anif	Neu-Anif		98	931		-931	5.683,31	73.071,08		
2	N	I9	BMI	657.119	1	5081	Anif	Neu-Anif		98	148		-148	903,47	2.581,34		
2	N	I7	BMI	657.120	1	5582	St. Michael/Lungau	Oberweißburg	122-124	686			-686	4.187,70	47.859,42		
2	N	I9	BMI	657.120	1	5582	St. Michael/Lungau	Oberweißburg	122-124	117			-117	714,23	2.040,65		
2	N	I9	BMI	657.120	1	5582	St. Michael/Lungau	Oberweißburg	122-124	220			-220	1.342,99	3.837,13		
2	ÄL	I1	BMI	670.033	1	6020	Innsbruck	Mariahilfpark	1	-327			-1.996,18	-35.351,26		-1.847,89	
2	ÄN	I1	BMI	670.033	1	6020	Innsbruck	Mariahilfpark	1	150	177		915,68	16.216,22		1.847,89	
2	L	I9	BMI	670.033	1	6020	Innsbruck	Mariahilfpark	1	-26	26		-158,72	-611,32			
2	L	I9	BMI	670.398	2	6383	Erpfendorf	Salzburger Str.	42	-15	15		-91,57	-261,62			
2	N	I7	BMI	680.061	1	6767	Warth			32	87			531,09	6.069,64	491,64	
2	N	I9	BMI	680.061	2	6767	Warth			32	43			262,49	749,98	242,99	
2	N	I1	BMI	690.167	1	1110	Wien	Sängerg.		11	286		-286	1.745,89	29.929,58		
2	L	I1	BMI	690.612	1	1040	Wien	Rainerg.		21	-180	180		-1.098,81	-12.522,98		
		SUMME BMI						2.926		112	-2.087	17.861,82	102.891,65		5.374,14		
2	N	L6	BMLFUW	640.432	1	4651	Stadt-Paura	Gmundner Str.	9	382		-382	2.331,93	26.650,58			
2	N	L9	BMLFUW	640.432	2	4651	Stadt-Paura	Gmundner Str.	9	165		-165	1.007,25	2.877,84			
2	N	L1	BMLFUW	640.432	3	4651	Stadt-Paura	Gmundner Str.	9	90		-90	549,41	6.278,93			
2	N	L1	BMLFUW	670.067	3	6261	Straß/Zillertal	Rotholz	50, 50a	200		-1.240	1.220,90	11.193,94		-5.877,08	
2	N	L5	BMLFUW	670.067	3	6261	Straß/Zillertal	Rotholz	50, 50a	650		-589	3.967,94	36.381,18		344,71	
2	N	L9	BMLFUW	670.067	3	6261	Straß/Zillertal	Rotholz	50, 50a	980		-102	5.982,43	17.092,65		4.961,61	

Nachtrag	Ressort	Liegenschaft						Änderung der Flächen				Änderung der Kosten (Mio. €)				
		Adresse						m² BIG		m² Sonstige (Anl. C)		Betriebs- kosten p.a. lt. BIG	HMZ netto (Mio.€) p.a.	mieterpfl. Erhaltung p.a	vermietete Erhaltung	
		GRZ	Obj.	PLZ	Ort	Straße	Nr.	Anl. A 1.1	Anl. A 2	Dritte	be.					
		1						2	3	4	5	6	7	10	11	
		SUMME BMLFUW						2.467		-2.568		15.059,85	100.475,13		-570,75	
2	N	N9	BMLV	647.025	1	4020	Linz	Prinz Eugen-Str.	10	199			1.214,80	3.470,85		1.124,56
2	N	N9	BMLV	647.025	2	4020	Linz	Prinz Eugen-Str.	10a	45			274,70	784,87		254,30
		SUMME BMLV						244				1.489,50	4.255,72		1.378,85	
2	L	U6	BMBWK (S)	640.008	7	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-5.598		5.598	-34.173,09	-307.364,23		
2	L	U6	BMBWK (S)	640.008	8	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-872		872	-5.323,14	-47.877,74		
2	L	U6	BMBWK (S)	640.008	9	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-630		630	-3.845,85	-34.590,82		
2	L	U6	BMBWK (S)	640.008	11	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-2.878		2.878	-17.568,80	-158.019,81		
2	N	U5	BMBWK (S)	640.008	19	4840	Vöcklabruck	Schloßstr.	31	1.490	-1.490		9.095,73	81.810,13		
		U5	BMBWK (S)	640.744	2	4840	Vöcklabruck				-112				-632,92	
2	N	U6	BMBWK (S)	647.103	12	4830	Hallstatt	Aufsatzweg	95	183			1.117,13	9.689,61		1.034,14
2	N	U9	BMBWK (S)	647.103	13	4830	Hallstatt	Aufsatzweg	95	52			317,43	906,96		293,85
2	N	U9	BMBWK (S)	647.103	14	4830	Hallstatt	Aufsatzweg	95	23			140,40	401,15		129,97
2	N	U1	BMBWK (S)	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	372			2.270,88	42.173,50		2.102,19
		SUMME BMBWK (S)						-7.858		8.376		-47.969,30	-412.871,23		2.927,24	
2	ÄL	W1	BMBWK (U)	647.082	71	4063	Hörsching	Fliegerhorst Vogler		-110			-671,50	-1.918,56		-621,61
2	ÄN	W1	BMBWK (U)	647.083	71	4063	Hörsching	Fliegerhorst Vogler		110			671,50	1.918,56		621,61
2	N	W5	BMBWK (U)	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	950			5.799,29	107.701,14		5.368,49
2	N	W9	BMBWK (U)	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	82			500,57	1.430,20		463,39
		SUMME BMBWK (U)						1.032				6.299,86	109.131,34		5.831,87	
SUMME 2. NACHTRAG der ZU ÄNDERNDEN MIETVERHÄLTNISSE (nach gesetzlichen Anpassungen)								-14.976		6.614	-1.712	-91.421,26	-981.921,32		-36.158,68	
2	N	F3	BMF DNW	620.290	2	9601	Arnoldstein	Kärntnerstr.	44	345						
2	L	Y	DRITTE	640.008	7	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-23		23				
2	L	U3	BMBWK (S) DNW	640.008	11	4840	Vöcklabruck	Bahnhofstr.	42	-84		84				
2	N	B8	LEERSTEHEND	640.106	10	4975	Schärding	Badhöring	16	44	-44					
2	N	B8	LEERSTEHEND	640.211	20	5280	Braunau/Inn	Fluß-Kilometer 66,8		4						
2	N	B8	LEERSTEHEND	640.246	1	4962	Mining	Frauenstein	3	117	-117					
2	N	B8	LEERSTEHEND	640.246	15	4962	Mining	Fluß-Kilometer 53,3		38	-38					
2	N	B8	LEERSTEHEND	640.396	1	4982	Obernberg/Inn	Fluß-Kilometer 35,6		11	-11					
2		L3	BMLFUW DNW	640.432	3	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9							
2	N	L3	BMLFUW DNW	640.432	3	4651	Stadl-Paura	Gmundner Str.	9	91	-91					
2	N	D	DRITTE	647.023	15	4020	Linz	Garnisonstr.	36a	368						
2	N	D	DRITTE	647.023	16	4020	Linz	Garnisonstr.	36a	368						
2	N	D	DRITTE	647.023	22	4020	Linz	Garnisonstr.	36a, 38	66						
2	N	D	DRITTE	647.023	23	4020	Linz	Garnisonstr.	36a, 38	69						

Nachtrag	Ressort	Liegenschaft						Änderung der Flächen				Änderung der Kosten (Mio. €)			
		Adresse						m² BIG		m² Sonstige (Anl. C)		Betriebs- kosten p.a. lt. BIG	HMZ netto (Mio.€) p.a.	mieterpfl. Erhaltung p.a	vermietete Erhaltung
		GRZ	Obj.	PLZ	Ort	Straße	Nr.	Anl. A 1.1	Anl. A 2	Dritte	be.				
		1						2	3	4	5	6	7	10	11
2	ÄN	Y	DRITTE	647.083	56	4063	Hörsching	Fliegerhorst Vogler		2					
2	N	U2	DRITTE	647.103	11	4830	Hallstatt	Aufsatzweg	95	494					
2	N	C	DRITTE	650.026	1	5020	Salzburg	Mozartpl.	1	6.356					
2	N	Z	DRITTE	650.026	1	5020	Salzburg	Mozartpl.	1	1.260					
2	N	B8	LEERSTEHEND	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	15					
2	N	C	DRITTE	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	273					
2	N	Z	DRITTE	650.026	2	5020	Salzburg	Residenzpl.	9	275					
	L2	DRITTE	670.394	3	6261	Straß/Zillertal	Rotholz								
	L3	BMLFUW DNW	670.394	3	6261	Straß/Zillertal	Rotholz								
2	L	B8	LEERSTEHEND	670.399	3	6215	Achenkirch	Achenwald		-5		5			
2	N	B8	LEERSTEHEND	670.442	1	6342	Niederndorf		211	289					
2	N	B8	LEERSTEHEND	670.442	3	6342	Niederndorf		211	3					
2	N	B8	LEERSTEHEND	677.360	1	6108	Scharnitz	Schanz		94					
2	N	B8	LEERSTEHEND	680.061	1	6767	WARTH		32	210					
2	H2	BMÖLS	690.272	4	1140	Wien	Mauerbachstr.	43-45			231				
2	L	B2	DRITTE	690.781	1	1030	Wien	Posthorng.	7	-46					
SUMME 2. NACHTRAG der ZU ÄNDERNDEN MIETVERHÄLTNISSE (nach gesetzlichen Anpassungen)								10.634		37	5				
SUMME 2. NACHTRAG der ZU ÄNDERNDEN MIETVERHÄLTNISSE (nach gesetzlichen Anpassungen)								-4.342		6.651	-1.707	-91.421,263	-981.921,324	-36.158,677	28.211

**Anmerkung zur GRZ. 690.647:**

durch die Übertragung dieser Liegenschaft in die Anlage B fallen für das BMWA Instandhaltungskosten von öS 20,--/m<sup>2</sup> (€ 1,45) an; dies wurde bei den Kosten beim BMWA entsprechend berücksichtigt

**variable Beträge (Abkürzung in den Formeln):**

mieterpflichtige Instandhaltung/m<sup>2</sup> (IH<sub>1</sub>) (öS/m<sup>2</sup>, Monat, bzw. €/m<sup>2</sup>, Monat): 6,00 0,44

vermieterpflichtige Instandhaltung/m<sup>2</sup> (IH<sub>2</sub>) (öS/m<sup>2</sup>, Monat, bzw. €/m<sup>2</sup>, Monat): 17,50 1,27

Betriebskosten (BK) (öS/m<sup>2</sup>, Monat bzw. €/m<sup>2</sup>, Monat): 7,00 0,51

Monate (M): 12

Betreuungshonorar (BH) (Faktor): 1,08

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

### Vorgeschlagene Fassung:

#### Artikel ...

##### Änderung des Bundesimmobiliengesetzes (Artikel 1)

###### Inhaltsverzeichnis

- ...
- § 44. Befähigungen, Berechtigungen, Bestellungen
- § 45. Abgabenbefreiung
- § 46. Außerkrafttreten von Rechtsvorschriften
- § 47. Vollziehung

###### § 4. (1) und (2) ...

(3) Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH hat sämtliche vorhandenen Gebäude- und Liegenschaftsdaten betreffend Bundesnutzungen, die laufend objekt- und maßnahmenbezogen, jedenfalls aber einmal jährlich durch eine vollständige Aktualisierung zu ergänzen und anzupassen sind, datenbankkompatibel dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit kostenfrei zur Verfügung zu stellen (automatisch auch jede Änderung), und zwar insbesondere:

1. und 2 ...

3. die aktuellen Pläne mit Raumnummern, soweit vorhanden auch in CAD, wobei innerhalb von längstens fünf Jahren für den gesamten Objektbestand CAD-Bestandspläne nach den vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit vorgegebenen CAD-Richtlinien zu erstellen sind. Die Gesellschaft hat weiters für die übergeordneten koordinativen Aufgaben des Bundes, zB Optimierung und Beschaffung im Bereich von Energie- und Raummanagement, auf Basis abzuschließender Verträge ihre Einrichtungen und Infrastruktur entgeltlich zur Verfügung zu stellen.

###### Inhaltsverzeichnis

- ...
- § 44. Befähigungen, Berechtigungen, Bestellungen
- § 45. Abgabenbefreiung
- § 46. Außerkrafttreten von Rechtsvorschriften
- § 47. Vollziehung
- § 48 Inkrafttreten

###### § 4. (1) und (2) ...

(3) Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH hat sämtliche vorhandenen Gebäude- und Liegenschaftsdaten betreffend Bundesnutzungen, die laufend objekt- und maßnahmenbezogen, jedenfalls aber einmal jährlich durch eine vollständige Aktualisierung zu ergänzen und anzupassen sind, datenbankkompatibel dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit kostenfrei zur Verfügung zu stellen (automatisch auch jede Änderung), und zwar insbesondere:

1. und 2 ...

3. die aktuellen Pläne mit Raumnummern, soweit vorhanden auch in CAD, wobei bis spätestens 31. Dezember 2007 für den gesamten Objektbestand CAD-Bestandspläne nach den vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit vorgegebenen CAD-Richtlinien zu erstellen sind.

Die Gesellschaft hat weiters für die übergeordneten koordinativen Aufgaben des Bundes, zB Optimierung und Beschaffung im Bereich von Energie- und Raummanagement, auf Basis abzuschließender Verträge ihre Einrichtungen und Infrastruktur entgeltlich zur Verfügung zu stellen.

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

(4) Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH hat gegebenenfalls die Verwertung zur Gänze oder in Teilen, insbesondere von für Bundeszwecke nicht mehr benötigten Objekten gemäß Anlage A, vorzubereiten und durchzuführen. Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH oder ihre mit der Verwertung betraute Tochtergesellschaft hat bei der Weitergabe von Objekten bzw. Objektteilen an Dritte, sei es durch Veräußerung oder Inbestandgabe, jeweils zumindest einen angemessenen Preis zu fordern. Wohnungen sind vorrangig an die Mieter zum Verkehrswert zu veräußern. Wohnungsveräußerungen an die Mieter sind jeweils auf Grundlage von Sachverständigengutachten und bei Kaufpreisnachlässen unter Vereinbarung von Verfügungsbeschränkungen zur Verhinderung eines spekulativen Weiterverkaufes durchzuführen. Veräußerungen (ausgenommen Wohnungen an Mieter) haben im Rahmen eines Ausbietungsverfahrens zu erfolgen. Bei Veräußerungen ist darüber hinaus § 47 des 1. Staatsvertragsdurchführungsgesetzes, BGBl. Nr. 165/1956, in der Fassung BGBl. I Nr. 119/1997 zu beachten.

### Vorgeschlagene Fassung:

(4) Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH hat gegebenenfalls die Verwertung zur Gänze oder in Teilen, insbesondere von für Bundeszwecke nicht mehr benötigten Objekten gemäß Anlage A, vorzubereiten und durchzuführen. Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH oder ihre mit der Verwertung betraute Tochtergesellschaft hat bei der Weitergabe von Objekten bzw. Objektteilen an Dritte, sei es durch Veräußerung oder Inbestandgabe, jeweils zumindest einen angemessenen Preis zu fordern. Wohnungen, Kleingärten und Gartensiedlungen sind vorrangig an die Mieter bzw. Pächter und/oder Subpächter zum Verkehrswert zu veräußern. Veräußerungen an Wohnungsmieter bzw. Garten(sub)pächter sind jeweils auf Grundlage von Sachverständigengutachten und bei Kaufpreisnachlässen unter Vereinbarung von Verfügungsbeschränkungen zur Verhinderung eines spekulativen Weiterverkaufes durchzuführen. Außer diesen Fällen haben Veräußerungen oberhalb einer Bagatellgrenze von Euro 10.000,-- im Rahmen eines Ausbietungsverfahrens zu erfolgen, es sei denn

1. die Veräußerung erfolgt aufgrund einer behördlichen oder gerichtlichen Verfügung oder im öffentlichen Interesse an eine Gebietskörperschaft oder an eine von dieser beherrschte Rechtsperson und ein Sachverständigengutachten bestätigt die Angemessenheit der Gegenleistung (Kaufpreis, Tauschwert); oder
2. das zu veräußernde Objekt wird in eine Projektgesellschaft an der die Bundesimmobiliengesellschaft mbH wertentsprechend beteiligt ist eingebracht und eine Bewertung durch ein Sachverständigengutachten sowie die Genehmigung von Aufsichtsrat und Generalversammlung liegen vor

**§ 16.** Der Eigentumsübergang und die Löschung der bestehende Fruchtgenussrechte gemäß § 13 ist entweder auf Antrag des Bundes oder auf Antrag der Bundesimmobiliengesellschaft mbH grundbürgerlich zu vollziehen. Die Superädikate sind durch Urkundenhinterlegung auf die Bundesimmobiliengesellschaft mbH zu übertragen. Grundlage der Verbücherung bzw. Urkundenhinterlegung sind vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister, durch dessen Ressort das jeweilige Objekt genutzt wird, auszustellende Amtsbestätigungen über die übertragenen Eigentumsrechte bzw. über die zu löschenen Fruchtgenussrechte. Diese

**§ 16.** (1) Der Eigentumsübergang und die Löschung der bestehenden Fruchtgenussrechte gemäß § 13 sind entweder auf Antrag des Bundes oder auf Antrag der Bundesimmobiliengesellschaft mbH grundbürgerlich zu vollziehen. Die Superädikate sind durch Urkundenhinterlegung auf die Bundesimmobiliengesellschaft mbH zu übertragen. Grundlage der Verbücherung bzw. Urkundenhinterlegung sind vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit auszustellende Amtsbestätigungen über die übertragenen Eigentumsrechte bzw. über die zu löschenen Fruchtgenussrechte. Diese Amtsbestätigungen sind öffentliche Urkunden im Sinne des § 33 des Allgemeinen Grundbuchs-

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

Amtsbestätigungen sind öffentliche Urkunden im Sinne des § 33 des Allgemeinen Grundbuchsgesetzes 1955, BGBI. Nr. 39/1955, in der jeweils geltenden Fassung, auf Grund welcher die Einverleibung ob der darin bezeichneten Objekte ohne Vorlage weiterer Urkunden stattfinden kann.

### Vorgeschlagene Fassung:

gesetzes 1955, BGBI. Nr. 39/1955 in der jeweils geltenden Fassung, aufgrund welcher die Einverleibung ob der darin bezeichneten Objekte ohne Vorlage weiterer Urkunden stattfinden kann. Insbesondere ist § 160 Abs. 1 der Bundesabgabenordnung, BGBI. Nr. 194/1961 in der jeweils geltenden Fassung nicht anzuwenden.

(2) Als Eigentümeradresse im Sinne des § 12 Grundbuchumstellungsgesetz, BGBI. Nr. 550/1980 in der Fassung BGBI. I Nr. 98/2001, kann die Adresse der Immobilienmanagementgesellschaft des Bundes mbH ersichtlich gemacht werden, soferne diese die betreffende Liegenschaft verwaltet.

(3) Soferne bundes- oder landesgesetzliche Vorschriften eine Anzeigeverpflichtung des neuen Eigentümers einer Liegenschaft vorsehen, hat diese Anzeige durch die Bundesimmobiliengesellschaft mbH bis spätestens einen Monat nach grundbürgerlicher Eintragung des Eigentümerwechsels zu erfolgen. Als Anzeige gilt auch die Übermittlung einer Ausfertigung des diesbezüglichen Grundbuchsbeschlusses durch das Grundbuchgericht.

(4) Soferne sich durch das rückwirkende Inkrafttreten der berichtigten Anlagen zu diesem Bundesgesetz in der Fassung BGBI. I Nr. ... die Notwendigkeit ergibt, das bücherliche Eigentum von der Bundesimmobiliengesellschaft mbH an den Bund rückzuübertragen, ist die Gesellschaft verpflichtet, hiefür eine grundbuchsfähige Aufsandungserklärung abzugeben. Die Abgabenbefreiung gemäß § 45 dieses Bundesgesetzes gilt auch für derartige Rückübertragungen.

**§ 17.** (1) Mit dem Übergang der Eigentumsrechte gemäß § 13 tritt die Bundesimmobiliengesellschaft mbH zum Zeitpunkt des jeweiligen Rechtsüberganges, soweit die Rechtsverhältnisse die jeweiligen Objekte gemäß Anlage A betreffen, unbeschadet des § 4 Abs. 5, in die Rechtsverhältnisse des Bundes mit Dritten ein, ohne dass es hiezu deren Zustimmung bedarf. Insbesondere gehen auch alle diesbezüglichen bücherlichen und außerbücherlichen Verpflichtungen des Bundes auf die Bundesimmobiliengesellschaft mbH über. Die Bundesimmobiliengesellschaft mbH übernimmt auch die Rechte und Pflichten aus begonnenen oder in Planung stehenden, aber noch nicht abgeschlossenen Bauvorhaben betreffend Objekte gemäß Anlage A.

(2) Bestehende Optionen des Bundes auf entgeltlichen oder unentgeltlichen Erwerb von Liegenschaften oder Liegenschaftsteilen, auf denen sich ein Gebäude(teil) befindet, der eine bauliche Einheit mit einem bereits in das Ei-

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

**§ 19.** (1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für die jeweiligen haushaltseitenden Organe als Mieter im Ausmaß von deren am 31. Dezember 2000 jeweils gegebenen Nutzung an den Objekten gemäß Anlage A mit der Bundesimmobiliengesellschaft mbH einen Mietvertrag abzuschließen, wobei die weitere vertragliche Ausgestaltung bzw. allfällige Abänderung auf Seite des Bundes den haushaltseitenden Organen obliegt.

### Vorgeschlagene Fassung:

gentum der Bundesimmobiliengesellschaft mbH übergegangenen Gebäude bildet, kann der Bund auf Verlangen der Gesellschaft dieser unentgeltlich abtreten.

**§ 19.** (1) Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ist im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, für die jeweiligen haushaltseitenden Organe als Mieter im Ausmaß von deren am 31. Dezember 2000 jeweils gegebenen Nutzung an den Objekten gemäß Anlage A mit der Bundesimmobiliengesellschaft mbH einen Mietvertrag abzuschließen, wobei die weitere vertragliche Ausgestaltung bzw. allfällige Abänderung auf Seite des Bundes den haushaltseitenden Organen obliegt. Insoweit jedoch der Mietvertrag die am 31. Dezember 2000 gegebenen tatsächlichen Nutzungsverhältnisse unrichtig bzw. unvollständig erfasst, ist der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit im Einvernehmen mit dem Bundesminister für Finanzen ermächtigt, diesen für die betroffenen haushaltseitenden Organe als Mieter durch einen mit der Bundesimmobiliengesellschaft mbH abzuschließenden Vertragszusatz mit verrechnungsmäßiger Wirkung per 1. Jänner 2003 zu berichtigen bzw. zu ergänzen.

**§ 22.** Die "Burghauptmannschaft Österreich" ist eine nachgeordnete Dienststelle des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit im Sinne des § 2 der Dienstrechtsverfahrensverordnung, BGBl. Nr. 162/1981. Sie ist Dienstbehörde erster Instanz, gegen deren Entscheidungen der Rechtszug an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit offen steht. Der Umfang ihrer Befugnisse richtet sich nach § 1 der Dienstrechtsverfahrensverordnung, BGBl. Nr. 162/1981, in der jeweils geltenden Fassung. Der Burghauptmannschaft Österreich obliegt spätestens ab 1. Jänner 2001 die Verwaltung und bautechnische Betreuung aller bundeseigenen Liegenschaften - insbesondere der historischen Objekte gemäß Anlage B (§ 1 Abs. 2) - die in die Zuständigkeit des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit fallen, soweit nicht an ihnen ein Fruchtgenussrecht ausgegliederter Verwaltungseinrichtungen besteht.

**§ 23.** (1) Die strategischen ministeriellen Kompetenzen des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit für die Bau- und Liegenschaftsverwaltung, die im Abschnitt L Z 21 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 Bundesministeriengesetz

**§ 22.** Die "Burghauptmannschaft Österreich" ist eine nachgeordnete Dienststelle des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit im Sinne des § 2 der Dienstrechtsverfahrensverordnung, BGBl. Nr. 162/1981. Sie ist Dienstbehörde erster Instanz, gegen deren Entscheidungen der Rechtszug an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit offen steht. Der Umfang ihrer Befugnisse richtet sich nach § 1 der Dienstrechtsverfahrensverordnung, BGBl. Nr. 162/1981, in der jeweils geltenden Fassung. Der Burghauptmannschaft Österreich obliegt spätestens ab 1. Jänner 2001 die Verwaltung und bautechnische Betreuung aller bundeseigenen Liegenschaften - insbesondere der historischen Objekte gemäß Anlage B (§ 1 Abs. 2) - die in die Zuständigkeit des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit fallen, soweit nicht Sonderregelungen getroffen wurden bzw. werden.

**§ 23.** (1) Die strategischen ministeriellen Kompetenzen des Bundesministers für Wirtschaft und Arbeit für die Bau- und Liegenschaftsverwaltung, die im Abschnitt L Z 21 des Teiles 2 der Anlage zu § 2 Bundesministeriengesetz

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

1986 idF BGBl. I Nr. 16/2000 beispielhaft aufgezählt sind, bleiben auch nach der Neuorganisation und den Eigentumsübertragungen aufrecht. Zu diesen Aufgaben zählen weiters insbesondere

1. ...
2. die Koordination des gesamten Raummanagements des Bundes im In- und Ausland, einschließlich in Bestand genommener Objekte und solcher, die ansonsten in die Verwaltung eines anderen Ressorts fallen, weshalb die haushaltsleitenden Organe dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, der hiezu binnen zwei Monaten Stellung nimmt, vor beabsichtigten Neubauvorhaben ihre Raum- und Funktionsprogramme zu übermitteln, und vor beabsichtigter gänzlicher oder teilweiser Rückgabe von Bestandobjekten Mitteilung zu machen haben;

**§ 40.** Sind hinsichtlich einzelner Objekte gemäß Anlage A zum Zeitpunkt der Einräumung des Eigentumsrechtes (§ 13) noch gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Verfahren anhängig, so gilt Folgendes: Soweit das jeweils anwendbare Verfahrensrecht einen Parteiwechsel ohne Zustimmung der übrigen Verfahrensbeteiligten zulässt, tritt die Gesellschaft anstelle des Bundes in das jeweilige Verfahren ein. Soweit die Verfahrensgesetze keinen Parteiwechsel zulassen (zB § 234 ZPO), führt der Bund die Verfahren im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung der Bundesimmobiliengesellschaft mbH zu Ende. Die Gesellschaft ist über wichtige Verfahrensstadien zu informieren und hat ihrerseits den Bund mit allen Informationen zu unterstützen, die zur Fortführung des Verfahrens nötig sind. Vor dem rechtswirksamen Abschluss von Vergleichen hat der Bund die Zustimmung der Gesellschaft insoweit einzuholen, als der beabsichtigte Vergleich finanzielle Auswirkungen auf sie hat. Ersiegte Beträge (Hauptforderung und Zinsen, nicht jedoch Verfahrenskosten) fließen an die Gesellschaft; Zahlungsverpflichtungen des Bundes auf Grund eines Urteiles, Vergleiches oder Bescheides sind von der Gesellschaft zu tragen.

### Vorgeschlagene Fassung:

1986 idF BGBl. I Nr. 16/2000 beispielhaft aufgezählt sind, bleiben auch nach der Neuorganisation und den Eigentumsübertragungen aufrecht. Zu diesen Aufgaben zählen weiters insbesondere

1. ...
2. die Koordination des gesamten Raummanagements des Bundes im In- und Ausland, einschließlich in Bestand genommener Objekte und solcher, die ansonsten in die Verwaltung eines anderen Ressorts fallen, weshalb die haushaltsleitenden Organe dem Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit, der hiezu je nach Größe des Vorhabens binnen angemessener Frist zwischen zwei und sechs Monaten Stellung nimmt, vor beabsichtigten Neubauvorhaben ihre Raum- und Funktionsprogramme zu übermitteln, und vor beabsichtigter gänzlicher oder teilweiser Rückgabe von Bestandobjekten Mitteilung zu machen haben;

**§ 40.** Sind hinsichtlich einzelner Objekte gemäß Anlage A zum Zeitpunkt der Einräumung des Eigentumsrechtes (§ 13) noch gerichtliche oder verwaltungsbehördliche Verfahren anhängig, so gilt Folgendes: Soweit das jeweils anwendbare Verfahrensrecht einen Parteiwechsel ohne Zustimmung der übrigen Verfahrensbeteiligten zulässt, tritt die Gesellschaft anstelle des Bundes in das jeweilige Verfahren ein. Soweit die Verfahrensgesetze keinen Parteiwechsel zulassen (zB § 234 ZPO), führt der Bund die Verfahren im eigenen Namen, jedoch auf Rechnung der Bundesimmobiliengesellschaft mbH zu Ende. Der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit hat erforderlichenfalls für Gerichts- oder Verwaltungsverfahren Amtsbestätigungen über den erfolgten Rechtsübergang auszustellen. Die Gesellschaft ist über wichtige Verfahrensstadien zu informieren und hat ihrerseits den Bund mit allen Informationen zu unterstützen, die zur Fortführung des Verfahrens nötig sind. Vor dem rechtswirksamen Abschluss von Vergleichen hat der Bund die Zustimmung der Gesellschaft insoweit einzuholen, als der beabsichtigte Vergleich finanzielle Auswirkungen auf sie hat. Ersiegte Beträge (Hauptforderung und Zinsen, nicht jedoch Verfahrenskosten) fließen an die Gesellschaft; Zahlungsverpflichtungen des Bundes auf Grund eines Urteiles, Vergleiches oder Bescheides sind von der Gesellschaft zu tragen.

## Textgegenüberstellung

### **Geltende Fassung:**

- § 46.** Folgende Rechtsvorschriften treten mit 1. Jänner 2001 außer Kraft:
1. das Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, mit folgenden Ausnahmen:  
§ 3 Abs. 1 ist auf die Objekte der Anlage A.2 bis zum Zeitpunkt des jeweiligen Rechtsüberganges gemäß § 13 anzuwenden, § 3 Abs. 4 ist auf die nach dem BIG-Gesetz übertragenen, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes noch nicht verwerteten Bundesmietwohngebäude und Wohnungen weiter anzuwenden, § 3a in der Fassung BGBl. I Nr. 113/1997 bleibt in Kraft;
  2. § 62 Abs. 4 des Arbeitsmarktservicegesetzes, BGBl. Nr. 313/1994.

### **Vorgeschlagene Fassung:**

- § 46. (1)** Folgende Rechtsvorschriften treten mit 1. Jänner 2001 außer Kraft:

1. das Bundesgesetz über die Errichtung einer Bundesimmobiliengesellschaft mbH (BIG-Gesetz), BGBl. Nr. 419/1992, mit folgenden Ausnahmen:  
§ 3 Abs. 1 ist auf die Objekte der Anlage A.2 bis zum Zeitpunkt des jeweiligen Rechtsüberganges gemäß § 13 anzuwenden, § 3 Abs. 4 ist auf die nach dem BIG-Gesetz übertragenen, zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Bundesgesetzes noch nicht verwerteten Bundesmietwohngebäude und Wohnungen weiter anzuwenden, § 3a in der Fassung BGBl. I Nr. 113/1997 bleibt in Kraft;
2. § 62 Abs. 4 des Arbeitsmarktservicegesetzes, BGBl. Nr. 313/1994.

- (2) Mit 1. Jänner 2005 treten die vom seinerzeitigen Bundesministerium für Handel und Verkehr erlassenen „Grundzüge der Bundesgebäudeverwaltung“, Zl. 121.185/R-1932 und die „Dienstvorschrift für Gebäudeverwalter“, Zl. 121.185/R-1932, soweit diese noch im Range eines Bundesgesetzes in Geltung stehen, außer Kraft.

### **Inkrafttreten**

- § 48. (1)** Artikel 1 tritt gem. Art. 49 B-VG in Kraft, insoweit Abs. 2 nicht Abweichendes regelt.

- (2) In der Fassung BGBl. I Nr. .... treten die §§ 4 (4), 16, 17, 19 (1) und 22 sowie die Anlagen zu Art. 1 mit 1. Jänner 2003 in Kraft.

**Von einer Gegenüberstellung der Anlagen wird aus Übersichtlichkeitsgründen Abstand genommen.**

**Artikel ...****Bundesgesetz, mit dem das Marchfeldschlösser-Gesetz geändert wird:**

Der Nationalrat hat beschlossen:

Das Marchfeldschlösser-Gesetz, BGBl. I Nr. 83/2002 wird wie folgt geändert:

***1. § 6 Abs. 1 lautet:***

„§ 6 (1) Im Sinne des kulturpolitischen Auftrages gemäß § 1 wird der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ermächtigt, folgende Zahlungen zu leisten:

- a) insgesamt 70 000 Euro an die Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m.b.H. sowie an die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. zur Aufbringung des Stammkapitals der Gesellschaft und
- b) bis zu 26 Millionen Euro auf Grundlage eines von der Gesellschaft zu erstellenden Unternehmenskonzeptes und der vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit genehmigten Jahresvoranschläge, samt Investitions- und Finanzplänen nach Maßgabe der Liquiditätserfordernisse der Gesellschaft, insbesondere zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen.“

***2. Folgender § 13 samt Überschrift wird neu aufgenommen:*****„Inkrafttreten**

§ 13. (1) Dieses Bundesgesetz tritt gem. Art. 49 B-VG in Kraft, insoweit Abs. 2 nicht Abweichendes regelt.

(2) In der Fassung BGBl. I Nr. .... tritt § 6 Abs. 1 rückwirkend ebenfalls mit der Stammfassung in Kraft.“

**Erläuterungen****zu § 6 Abs. 1 und § 13:**

Durch die Modifizierung des § 6 Abs. 1 soll lediglich klargestellt werden, dass mit der Zahlung von € 70.000,- keine Beteiligung des Bundes an der Gesellschaft verbunden ist. Eine inhaltliche Änderung ergibt sich dadurch nicht. Die Modifikation soll rückwirkend zu jenem Zeitpunkt in Kraft treten, zu dem auch die übrigen Bestimmungen des Marchfeldschlösser-Gesetzes BGBl I Nr. 83/2002 in Kraft getreten sind.

## Textgegenüberstellung

### Geltende Fassung:

#### Artikel ...

##### Änderung des Marchfeldschlösser-Gesetzes

**§ 6.** (1) Im Sinne des kulturpolitischen Auftrages gemäß § 1 wird der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ermächtigt, folgende Zahlungen zu leisten:

- a) 70 000 Euro zur Aufbringung des Stammkapitals;
- b) Bareinlagen bis zu einem Höchstbetrag von 26 Millionen Euro auf Grundlage eines von der Gesellschaft zu erstellenden Unternehmenskonzeptes und der vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit genehmigten Jahresvoranschläge, samt Investitions- und Finanzplänen, nach Maßgabe der Liquiditätserfordernisse der Gesellschaft, insbesondere zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen.

### Vorgeschlagene Fassung:

**§ 6** (1) Im Sinne des kulturpolitischen Auftrages gemäß § 1 wird der Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit ermächtigt, folgende Zahlungen zu leisten:

- a) insgesamt 70 000 Euro an die Schloss Schönbrunn Kultur- und Betriebsgesellschaft m.b.H. sowie an die Schönbrunner Tiergarten-Gesellschaft m.b.H. zur Aufbringung des Stammkapitals der Gesellschaft und
- b) bis zu 26 Millionen Euro auf Grundlage eines von der Gesellschaft zu erstellenden Unternehmenskonzeptes und der vom Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit genehmigten Jahresvoranschläge, samt Investitions- und Finanzplänen nach Maßgabe der Liquiditätserfordernisse der Gesellschaft, insbesondere zur Durchführung der erforderlichen baulichen Maßnahmen.

## Inkrafttreten

**§ 13.** (1) Dieses Bundesgesetz tritt gem. Art. 49 BVG in Kraft, insoweit Abs. 2 nicht Abweichendes regelt.

(2) In der Fassung BGBl. I Nr. .... tritt § 6 Abs. 1 rückwirkend ebenfalls mit der Stammfassung in Kraft.